

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Forum Umwelt & Entwicklung/Germanwatch  
Marienstr. 19-20  
10117 Berlin

## Agrarpolitische Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Tierhaltung

---

### 1) Zweite Säule - ELER Fonds aufstocken und qualifizieren

*DIE LINKE setzt sich für eine verlässliche Finanzierung beider Säulen ein. Die Kürzungen in der II. Säule durch eine Umschichtung aus der I. Säule auszugleichen, halten wir für keine Lösung der Finanzierungsprobleme. Daher lehnen wir eine Modulation zwischen den Säulen (in beide Richtungen) ab. Stattdessen wollen wir innerhalb der II. Säule die Prioritäten verlagern. Weg von der pauschalen Investitionsförderung, hin zu den Agrarumweltmaßnahmen. Investitionsförderungen sollen nicht mehr allein auf Produktionserweiterungen gerichtet sein, sondern an Verbesserungen in den Bereichen Tiergesundheit und Arbeitsbedingungen geknüpft werden. Darüber hinaus sollte die Tierhaltung an die zur Verfügung stehende Fläche zur Ausbringung von Mist oder Gülle bzw. zum Anbau von Futter gekoppelt werden.*

### 2) Regionale Nährstoffüberschüsse abbauen

*DIE LINKE spricht sich für eine flächenbezogene Tierhaltung aus. Daher fordern wir sachlich begründete gesetzliche Höchstgrenzen der Tierkonzentrationen für einen Standort und einer Region. Die Kurzstellungnahme der Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik und für Düngungsfragen sowie des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen. Daher muss eine Änderung des Düngegesetzes in der kommenden Wahlperiode vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang spricht sich DIE LINKE für die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe aus.*

*Aus Sicht der LINKEN ist die Größe der Nutztierbestände im Stall und in der Region nur eines von vielen Kriterien. Einzelbetrieblich sind aufgrund der sehr unterschiedlichen Strukturen nur schwer absolute Grenzen zu definieren, da zum Beispiel flächenstarke Agrar Genossenschaften größere Tierbestände halten können als kleine Familienbetriebe. Deshalb ist der Bezug auf tierseuchenbekämpferische Kriterien und die für Ent- und Versorgung verfügbare Fläche entscheidend. Weitere Kriterien sind beispielsweise die regionalen Nährstoffbilanzen und -kreisläufe, der regionale Anfall an Wirtschaftsdüngern oder die Berücksichtigung flächenungebundener gewerblicher Tierhaltungsanlagen. Hier soll und muss die Politik regional- und standortbezogene Obergrenzen für die Größe und Dichte von Beständen für alle Nutztierarten festlegen, die sich insbesondere aus Tiererkrankungsrisiken und Erfordernissen bei ihrer Bekämpfung ableiten (epidemiologische Einheiten) und ökologische Kriterien berücksichtigen.*

### 3) Marktpolitik fair gestalten

*DIE LINKE lehnt Exportsubventionen ab. Das gilt sowohl für direkte, als auch für indirekte Subventionen. Wir halten die Exportorientierung der Agrarpolitik für einen Fehler und setzen auf den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und eine an dem einheimischen Bedarf orientierte Erzeugung.*

*Dabei muss es gelingen, in den Agrarmärkten durch die Bildung von Erzeugerorganisationen und Bündelung der Angebotserzeugnisse vor der Verarbeitungsstufe die Marktposition der Bäuerinnen und Bauern in den Agrarmärkten zu verbessern. Besonders in der Milcherzeugung ist eine bedarfsorientierte Produktion nur durch eine schlagkräftige Erzeugerorganisation und Angebotsbündelung sowie brancheneigene Mengensteuerung möglich.*

### 4) Handelspolitik nach demokratischen Spielregeln

*DIE LINKE sieht dringenden Handlungsbedarf bei den WTO-Regeln zur Agrarpolitik. Diese gehen in eine Richtung, welche Ernährungssouveränität und nachhaltige Landbewirtschaftung gefährden und werden den besonderen biologischen Bedingungen nicht gerecht. Deshalb braucht die Lebensmittelbranche einen Sonderstatus oder sollte aus der WTO ganz herausgenommen werden. Auch die Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und den USA sehen wir mit großer Sorge. Aus agrar- und verbraucherpolitischen Gründen fordern wir die Agrarwirtschaft vom Verhandlungsmandat herauszunehmen. Der Sonderstatus muss sowohl im Rahmen der WTO besser berücksichtigt werden als auch in den Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und den USA (zum Beispiel Klonen, Gentechnik, Chlor- und Hormonfleisch).*

### 5) EU-Agrarreform wirksam umsetzen: Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie

*Die Agrarförderung muss zielgenauer auf das Gemeinwohl orientiert werden. Dazu gehört die Schaffung und der Erhalt existenzsichernd bezahlter Arbeitsplätze, die Stärkung der Agrarumweltpolitik und der ländlichen Räume in der II. Säule sowie eine produktive „Greening“-Umsetzung unter Anrechnung der vorhandenen Strukturen und Produktionsformen für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Auch die Förderung des Ökolandbaus muss gesichert sein. DIE LINKE spricht sich gegen eine Degression und Kappung aus. Dies würde einseitig flächenstarke Agrarbetriebe in Ostdeutschland benachteiligen. Wenn die Umverteilung von zum Beispiel fünf Prozent der Direktzahlungen bezüglich der nationalen Obergrenze zu Gunsten der Förderung der ersten Hektare zu neuen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Mittel zwischen den Bundesländern führt, ist dies auch keine Lösung des Problems. Die Modulation zwischen I. und II. Säule lehnt DIE LINKE ebenso ab, weil wir beide Säulen nicht gegeneinander ausspielen lassen wollen. Das Greening sollte flächendeckend und betriebs-scharf umgesetzt werden, um eine messbare Wirkung auf Klimawandel und Artenschwund entfalten zu können. Die LINKE setzt sich dafür ein, Vorleistungen auf den Betriebsflächen als Greening-Leistung anzurechnen. Regional ausgerichtete Sonderprogramme wie die Weidehaltung von Wiederkäuern in Grünlandregionen kann gesondert berücksichtigt werden.*